

Warum wir alle Frösche sind



Editorial
von Beat Balzli
Chefredaktor

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Was haben ein irischer Philosoph und ein südamerikanischer Volksstamm gemeinsam? Die Faszination für Frösche – zumindest laut Charles B. Handy. Er veröffentlicht 1989 ein Buch mit dem Titel «Das Zeitalter der Unvernunft». Darin steht die Geschichte vom Barbecue der Indigenen, die ihre Leibspeise lebendig kochen können, ohne dass sie aus dem Topf springt – weil sie das Wasser langsam erhitzen. Am «Gekochter-Frosch-Syndrom» leidet laut Handy auch der Mensch, der gerne so lange in der Komfortzone verharrt, bis die Katastrophe perfekt ist.

Das Syndrom taugt zur globalen Seuche. Die Schweizer machen da keine Ausnahme. Sie quaken mitunter lieber, als in die richtige Richtung zu springen, wie die abgelauene Woche belegt. Zum einen entrüstet sich die Nation über einen SBB-Auftrag an Siemens. Selbst einst reflektierte Politiker wie Gerhard Pfister reden dem Protektionismus das Wort, obwohl die düpierte Stadler Rail ihren Aufstieg auch ausländischen Staatsaufträgen verdankt. Zum andern geisselt die Linke die Geheimoperation von sechs Schweizer Unternehmern, obwohl deren Audienz beim innenpolitisch angeschlagenen US-Präsidenten den Boden für den neuen Zolldeal und für die Rettung mancher Jobs gelegt hat. Realpolitik sah nie schön aus.

Während also im Polittheater das Frosch-Ensemble einen populistischen Schwank gibt, schafft es die langfristig relevanteste Neuigkeit nicht ins Repertoire von Bundesbern. So sinke die Kinderzahl pro Frau mit 1,29 «auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen», teilt das Bundesamt für Statistik vergangenen Dienstag mit. Der Kinderwunsch sei «deutlich» zurückgegangen. 21 Prozent der Befragten sehen einen negativen Einfluss auf die «Lebensfreude», gar 51 Prozent auf die Karriere. Das dystopische Dokument nimmt kaum einer wahr. Keine Warnung vor der Disruption von Gesundheits- und Sozialsystemen, kein Weissen über Gegenmassnahmen, keine Wünsche für Reformen. Nichts – einmal abgesehen vom Gewerkschaftsbund, der seine Standardforderungen nach mehr Kita-Plätzen und Co. bewirtschaftet.

Ja, noch herrschen hier nicht koreanische Verhältnisse mit 0,75 Kindern pro Frau. Noch schieben hier nicht alle lieber Chihuahuas im Kinderwagen spazieren als echte Babys. Noch dämpft die Personenfreizügigkeit die Überalterung. Doch beruhigend ist das alles nicht, zumal das Rezept für eine nachhaltige Finanzierung der AHV unpopulär und bald nutzlos ist: die Erhöhung des Rentenalters. Künstliche Intelligenz dürfte zwar den Fachkräftemangel dämpfen, für den pensionierten Boomer sorgen, gleichzeitig aber nicht mehr viel Arbeit für Senioren übriglassen, die künftig länger arbeiten sollten.

Am Ende finanziert vielleicht eine Robotersteuer unseren Ruhestand. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Der Frosch übrigens auch. Biologen glauben nämlich nicht an Charles B. Handys animalische Grill-Theorie. Das Tier würde sich sehr wohl bewegen, wenn sich die Lebensbedingungen veränderten, sagen sie. Sonst wäre es längst ausgestorben.

Ich wünsche Ihnen weiterhin ein Wochenende voll gesunder Reflexe.

«Europa ist für Terroristen ein sicherer Hafen»

Seit Jahren fahndet er nach IS-Mitgliedern. Doch viele von ihnen lebten unbehelligt in europäischen Städten, sagt der irakische Richter Raed Hamid al-Muslih.

Interview: Mais al-Bayaa, Roozbeh Kaboly, Johanna Sagmeister, Maria Caroline Wölfle, Mosul

Die Sicherheitsvorkehrungen am Gericht von Ninive in Mosul sind streng. Es liegt in jener Stadt, in der der Islamische Staat (IS) im Jahr 2014 sein Kalifat ausrief, das sich danach über grosse Teile des Iraks und Syriens ausbreitete. Nach zwei Jahren erbitterter Kämpfe befreite die irakische Armee im Jahr 2017 gemeinsam mit westlichen Koalitionstruppen Mosul. Am Eingang des Gerichts durchsuchen Sicherheitskräfte alle Besucherinnen und Besucher, Metalldetektoren piepen, Taschen werden kontrolliert. Solche Vorkehrungen sind in irakischen Behörden längst nicht mehr selbstverständlich, doch der Richter Raed Hamid al-Muslih hat viele Feinde. Er ist Präsident des Berufungsgerichts von Ninive und hat sein Leben dem Kampf gegen den IS verschrieben. Er ist der ranghöchste Richter im Irak, der sich mit IS-Verfahren befasst. Vor seinem Büro stehen bewaffnete Wachmänner, drinnen sitzt Muslih. Mit der einen Hand unterschreibt er Dokumente, mit der anderen nimmt er Telefonate entgegen. Immer wieder unterbrechen Mitarbeiter das Interview mit dringenden Anliegen.

NZZ AM SONNTAG: Herr Richter, Sie gelten als einer der bestgeschützten Amtsträger des Iraks. Ist der IS in Mosul noch immer eine Bedrohung?

RAED HAMID AL-MUSLIH: Mosul ist heute sicher, man kann sich frei bewegen. Aber meine Situation ist eine andere. Der IS versucht, mich zu töten. Mein Leben besteht nur noch aus Drohungen, Drohungen und noch mehr Drohungen.

Wie gross ist der Einfluss des IS heute?

Militärisch ist der IS geschwächt, aber viele seiner Kämpfer laufen noch frei herum. Ich und mein Team haben mehr als 160 000 Haftbefehle erlassen und Tausende IS-Kämpfer festnehmen lassen. Wir wissen auch von IS-Mitgliedern, die den Irak und Syrien heimlich verlassen haben, um nach Europa zu fliehen.

Sind es viele IS-Leute, die an Greueltaten beteiligt waren und heimlich nach Europa kamen?

Wir haben Hunderte von ihnen identifiziert, die heute frei in europäischen Städten leben.

Warum sind sie nach Europa geflohen?

Europa ist für IS-Terroristen zum sicheren Hafen geworden. Sie beantragen Asyl unter falscher Identität, beziehen Sozialhilfe und



MARIA CAROLINE WÖLFLE

Raed Hamid al-Muslih

Er gilt als einer der erfahrensten irakischen Ermittlungsrichter im Bereich Terrorismusbekämpfung, spezialisiert auf al-Kaida und den IS. Nach der Einnahme Mosuls durch den IS arbeitete er vorübergehend aus Bagdad.

Krankenversicherung. Sie haben in Europa mehr Privilegien als ich hier im Irak! Nur selten werden sie verhaftet und vor Gericht gestellt, und selbst dann bekommen sie in vielen Fällen vielleicht gerade einmal fünf Jahre Haft. Danach sind sie freie Männer. Eine Abschiebung in den Irak ist ausgeschlossen, weil wir für Terroristen die Todesstrafe vorsehen.

Sie halten die europäischen Strafen für zu milde?

Ich finde, diese Menschen müssen im Irak vor Gericht gestellt werden. Hier, wo die Verbrechen begangen wurden, wo die Zeugen und Opfer leben. Selbst wenn sie in Europa verurteilt würden, bekämen sie dort nur milde Strafen, während jene, die nicht fliehen konnten, hier viel härter bestraft werden.

Europäisches und internationales Recht verbietet die Auslieferung dieser Menschen, weil ihnen im Irak Todesstrafe und Folter drohen. Menschenrechtsorganisationen sprechen von unfairen Prozessen. Warum sollten europäische Behörden Ihnen vertrauen?

Ich mache die Gesetze nicht, ich befolge sie nur. Die Todesstrafe betrifft weniger als zehn Prozent der Fälle. Wenn man unsere Urteile mit anderen Ländern vergleicht, sieht man, dass die Zahl der Todesstrafen gering ist. Ich habe west-

liche Regierungen kontaktiert, in deren Ländern sich IS-Kämpfer aufhalten, aber es passiert nichts, das ist frustrierend.

Der Richter lädt uns zum Mittagessen in sein Safe House ein – den Ort, an dem er auch viele der gesammelten Beweise für die IS-Verbrechen aufbewahrt, die er mit den europäischen Behörden geteilt haben will. Seine kompromisslose Jagd nach Gerechtigkeit hat ihn isoliert. Wegen der ständigen Gefahr lebt er getrennt von seiner Familie. Bewacht von Leibwächtern, bringt uns sein gepanzertes Auto dorthin.

Mosul ist kaum wiederzuerkennen und an vielen Orten wieder aufgebaut: Die Strassen sind neu, Cafés und Einkaufszentren belebt. Der Richter schliesst die Tür, bittet seine Bedienstete um Tee und öffnet seinen Laptop. Darin finden sich Hunderte von Dateien mit Namen, Ausweisen und Fotos von IS-Mitgliedern, sortiert nach Nationalitäten. Videos zeigen Kämpfer an der Front, andere dokumentieren Hinrichtungen oder Schulungsmaterial, etwa Anleitungen zur Datenverschlüsselung. Einige Tonspuren stammen von Sprechern mit nordafrikanischem Akzent, die Videotexte sind in Französisch. «Einige der Namen stammen aus Westeuropa», sagt Muslih, «andere sind Amerikaner.»

Sie haben uns gerade Hunderte Namen von Menschen gezeigt, die Sie als IS-Mitglieder identifizieren. Wie viele dieser Kämpfer halten sich derzeit in Europa auf?

Eine genaue Zahl habe ich nicht, aber es sind viele. Ich habe Listen von IS-Mitgliedern in der Schweiz, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und anderen Ländern. Allein 34 Haftbefehle betreffen Personen, die sich derzeit in Deutschland aufhalten.

Sie haben uns auch Fotos und Google-Standorte dieser Männer in Europa gezeigt. Wie kommen Sie an diese Informationen?

Wir haben Informanten, die uns Bilder und Hinweise über diese Männer etwa aus europäischen Flüchtlingslagern schicken. Und dann haben wir noch originales IS-Material, das ihre Taten beweist, sowie natürlich Zeugenaussagen. Wir haben den Deutschen und anderen EU-Staaten diese Informationen übergeben, also



Fotos, Aufenthaltsorte, IS-Dokumente. Aber die meisten laufen immer noch frei herum.

Warum werden sie nicht festgenommen?

Weil die Europäer unseren Beweisen nicht trauen. Sie wollen genau wissen, wer die Daten gesammelt hat, wann wer Zugriff hatte. Ohne vollständige Dokumentation gelten sie als nicht verwertbar. Manche behaupten auch, irakische Beweise könnten auf erzwungenen Geständnissen beruhen oder nicht verwendet werden, solange es bei uns die Todesstrafe gebe. Einige Geheimdienstmitarbeiter sagen mir, sie glauben mir zwar, aber ihre Gesetze hinderten sie daran zu handeln. Selbst wenn ich ihnen Namen und Dokumente schicke, können sie nichts tun. Aber ich kann die Arbeit nicht allein machen. Wenn ihre Standards so hoch sind, dann müssen sie selbst die Kapazitäten schaffen, um die Ermittlungen so führen zu können, dass die IS-Männer verhaftet werden können.

Sie haben uns Einblick in Ihre Datenbank gegeben, darunter befinden sich Ausweise,

Fotos und Dokumente, die belegen sollen, dass bestimmte Personen Mitglieder des IS waren und an Verbrechen beteiligt gewesen sind. Europäische Ermittler müssen die Herkunft der Daten genau prüfen. Wie können Sie garantieren, dass dieses Material echt ist?

Nach der Befreiung von Mosul fand unsere Armee verschlüsselte Festplatten, die der IS in seinen Hauptquartieren versteckt hatte. Sie waren beschädigt, aber mithilfe westlicher Regierungen konnten wir die Daten entschlüsseln. Der französische Geheimdienst unterstützte uns bei der Wiederherstellung von drei Festplatten. Wir schickten sie an ein Uno-Ermittlungsteam (Unitad), das Kopien anfertigte und bestätigte, dass das Material echt und unverändert sei.

Menschenrechtsgruppen befürchten, dass Listen mit IS-Namen zu Vergeltungsaktionen durch Milizen führen könnten.

Die IS-Kämpfer behaupten, sie würden allein aufgrund ihres sunnitischen Glaubens von der schiitischen Regierung des Iraks verfolgt. Aber das stimmt nicht. Ich selbst bin Sunnit. Diese

«Ich habe westliche Regierungen kontaktiert, in deren Ländern sich IS-Kämpfer aufhalten, aber es passiert nichts.»

IS-Männer haben den Ruf der Sunniten und unserer Religion zerstört.

Sehen Sie eine Bedrohung für Europa durch die IS-Mitglieder, die sich dort aufhalten?

Auch wenn sie im Moment keine Gefahr darstellen, können sie jederzeit reaktiviert werden. Sie können Menschen mit Radikalisierungspotenzial in Europa beeinflussen und neue Anhänger gewinnen. Diese Ideologie lässt sich nicht einfach ändern.

Viele irakische IS-Kämpfer sitzen in Lagern in Syrien, etwa im Camp al-Hol, das eher einem Freiluftgefängnis gleicht. Wie ist ihre Lage?

Die Zustände in den syrischen Lagern sind katastrophal. Diese Familien sollten in den Irak zurückkehren, wo wir sie unter Aufsicht wieder in die Gesellschaft eingliedern können. Bleiben sie dort, werden sie zu einer neuen Gefahr. Wir brauchen internationale Unterstützung, um Wohnungen, Bildung und eine sichere Umgebung für ihre Kinder zu schaffen.

In den kurdisch kontrollierten Gebieten Syriens befinden sich laut dem US-Militär rund 30 000 IS-Anhänger, etwa 90 Prozent davon sind Frauen und Kinder. Die kurdischen Sicherheitskräfte warnen seit Jahren vor den unhaltbaren Zuständen, die den Extremismus in den Lagern befördern und dem IS neue Mitglieder beschern. Der Westen schaute bisher jedoch weg.

Der syrische Präsident Ahmed al-Sharaa war einst selbst ein Terrorist, er führte einen Ableger der al-Kaida in Syrien. Diese Woche wurde er ins Weisse Haus eingeladen und kündigte nach einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump an, dass sich Syrien der internationalen Koalition zum Kampf gegen die Terrormiliz IS anschliesst.

Sie sagen, Europa könne Extremisten nicht von ihrer Ideologie befreien. Warum sollte das im Irak gelingen?

Die Menschen hier haben unter dem IS gelitten – sie werden ihm keine zweite Chance geben. Die irakische Gesellschaft lehnt den IS heute ab, die Bedrohung ist viel geringer als früher.

Sie leben aufgrund Ihres Einsatzes für Gerechtigkeit unter ständiger Bedrohung. Wie gehen Sie damit um?

Der IS hat bereits versucht, mich zu töten. Aber ich fürchte nicht um mein Leben. Mir ist die Sicherheit meiner Familie wichtig. Um sie zu schützen, lebe ich getrennt von ihr.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich will nur Gerechtigkeit. Der IS hat mein Volk getötet und meine Stadt zerstört. Die Kinder der Opfer haben keine Rechte, keine Bildung, kein Einkommen – während die Kinder der Täter in Europa in Sicherheit leben, zur Schule gehen und vom System profitieren. Das ist ungerecht uns gegenüber, sowohl von der europäischen Gesellschaft als auch von den europäischen Staaten.

Die Recherche für diesen Artikel wurde mit Stipendien von Journalismfund Europe sowie Investigative Journalism for Europe (IJ4EU) unterstützt.

REAKTION IN DER SCHWEIZ UND IN DEUTSCHLAND

Bekannt sind mindestens 458 «Gefährder»

Islamistische Terroristen, die als Asylsuchende frei durch die Strassen in Bern, Paris oder Berlin schlendern. Gibt es das, wie der irakische Richter Raed Hamid al-Muslih sagt? Und wie reagieren die Behörden darauf?

Den Schweizer Behörden ist das Phänomen bekannt. Sie äussern sich aber nur zurückhaltend. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) schreibt, es führe keine Statistiken zum Thema. Allerdings führt die Migrationsbehörde bei allen Asylsuchenden eine Sicherheitsprüfung durch. Dafür nutzt sie polizeiliche Informationssysteme. Findet sie Hinweise auf mögliche Sicherheitsrisiken, übergibt sie die Asyldossiers dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Im vergangenen Jahr hat der NDB insgesamt 569 Asylgesuche geprüft – aber kein einziges zur Ablehnung empfohlen. Das sorgt sogar bei

manchen in der Bundesverwaltung für Stirnrunzeln. Wie kann das sein?

Tatsächlich ist die Suche nach falschen Flüchtlingen nicht einfach. Der Bundesrat wies bereits im Jahr 2015 gegenüber dem Parlament darauf hin, dass Asylsuchende oft ohne Reisedokumente in die Schweiz einreisen würden. Falschen Identitätsangaben stehe folglich «nichts im Wege». Die Sicherheitsbehörden könnten die Identität nicht beim Herkunftsstaat abklären. «Ein Restrisiko lässt sich nicht vermeiden.»

Es gab denn auch schon einzelne heikle Fälle. Im Frühling 2016 etwa verurteilte das Bundesstrafgericht drei irakische Männer, die den Islamischen Staat unterstützt hatten. Der Hauptangeklagte, ein damals 29-jähriger Mann im Rollstuhl, hatte in der Schweiz Asyl erhalten und Sozialhilfe bezogen. In

einem anderen Fall eröffnete die Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren gegen ein mutmassliches IS-Mitglied aus Syrien, das sich in der Schweiz als Flüchtling ausgegeben hatte. Das Verfahren wurde 2018 allerdings eingestellt.

Der Bund scheint eher von solchen Einzelfällen auszugehen als von einem Massenphänomen. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) schreibt auf Anfrage: «Aktuell liegen den schweizerischen Behörden keine konkreten Hinweise darauf vor, dass in grösserer Zahl IS-Gefährder nach Europa eingereist sind.»

Ein etwas anderes Bild zeichnet der deutsche Islamwissenschaftler Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, ein Experte für islamistischen Terrorismus. Er sagt, es müsse zwischen zwei Phänomenen unterschieden werden. Zum einen nennt

er die organisierte Entsendung von Terroristen im Flüchtlingsstrom. Dafür gäbe es nur für die Jahre von 2015 bis 2017 hinreichende Belege. Zum anderen nennt er die syrischen und irakischen Flüchtlinge, die ab 2014 IS-Mitglieder gewesen seien, später aber nach Europa gereist seien. «Von ihnen gab es ab 2015 Hunderte.» Auch in den Jahren 2022 und 2023 seien noch einige nach Europa gereist. «In vielen Fällen wollten sich die IS-Mitglieder dem Zugriff ihrer Gegner im Irak oder in Syrien entziehen.»

Ermittler in Deutschland und Österreich würden sich unter anderem auf Gehaltslisten des IS stützen, die ihnen vom amerikanischen FBI und vom Uno-Expertengremium Unitad zur Verfügung gestellt würden, sagt Steinberg. Das österreichische Justizministerium erklärte auf Anfrage, es habe seit 2020 in mehr als

zwanzig Fällen bei Unitad Informationen über mutmassliche IS-Mitglieder erbeten.

Das deutsche Justizministerium wollte keine Angaben zu konkreten Fällen der strafrechtlichen Kooperation mit dem Irak machen. Die Vertraulichkeit des Verfahrens sei eine Voraussetzung für «die zukünftige effektive Zusammenarbeit», hiess es in der Stellungnahme. Eine Auslieferung trotz Androhung der Todesstrafe sei per se aber nicht ausgeschlossen. Der betreffende Staat müsse dafür glaubhaft versichern, dass die nach seinem Recht mögliche Todesstrafe nicht verhängt oder vollstreckt werde. Das Bundeskriminalamt, die oberste deutsche Polizeibehörde, gab die Zahl religiös motivierter «Gefährder» im Land jüngst mit 458 an. Das sind aber eben nur die potenziellen Terroristen, die den Behörden bekannt sind. *Ladina Triaca, Markus Bernath*